Freie Demokraten
Stadtratsfraktion Mainz FDP

zu TOP .....

Mainz, 03.06.2026

Anfrage 1009/2026 zur Sitzung am 17. Juni 2026
Lange Wartezeiten bei Einbürgerung (FDP)

In vielen Städten, so auch in Mainz, müssen Menschen, die einen Antrag auf Einbürgerung stellen möchten, mit sehr langen Bearbeitungszeiten rechnen.

Antragstellerinnen und Antragsteller, die im Jahr 2024 einen Antrag gestellt und die Bearbeitungsgebühr unverzüglich gezahlt haben, erhielten unter anderem folgende Mitteilung:

> *„Die Bearbeitungsdauer beträgt derzeit mindestens 18 Monate.*
> *Von telefonischen Sachstandsanfragen bitten wir aus datenschutzrechtlichen Gründen und weil diese die Bearbeitung verzögern, abzusehen.*
> *Anfragen, ob eingereichte Unterlagen angekommen sind, werden nicht beantwortet.*
> *Über unsere Entscheidung erhalten Sie zu gegebener Zeit unaufgefordert eine entsprechende schriftliche Mitteilung.“*

Durch Kontaktaufnahme mit Betroffenen zeigt sich, dass noch immer Wartezeiten von 18 Monaten und länger bestehen – ohne Zwischenberichte oder sonstige Rückmeldungen der Behörde.

Grundsätzlich besteht nach Antragstellung und Ablauf von drei Monaten die Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht bei ausbleibender Sachentscheidung (§75 VwGO) eine Untätigkeitsklage zu erheben.

Wir fragen an:

1) Wie viele Anträge auf Einbürgerung wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 gestellt?

2) Wie viele Personen arbeiten in der Verwaltung an der Bearbeitung von Einbürgerungsanträgen?

3) Wie viele dieser Anträge sind bereits abschließend bearbeitet? Bitte nach den einzelnen Jahren differenzieren.

4) Welche durchschnittlichen Bearbeitungszeiten sind der Verwaltung bekannt? Bitte benennen Sie außerdem die kürzeste und die längste Bearbeitungszeit der letzten 3 Jahre.

5) Strebt die Verwaltung kürzere Bearbeitungszeiten an?

6)

   a) Was hat die Verwaltung seit 2024 unternommen, um die langen Wartezeiten zu verkürzen?
   b) Sind der Verwaltung durch die langen Bearbeitungszeiten zusätzliche Kosten oder Mehraufwände entstanden? Falls ja, in welcher Höhe und wodurch?
   c) Liegen der Verwaltung Erkenntnisse darüber vor, ob Antragstellerinnen und Antragstellern durch die langen Bearbeitungszeiten zusätzliche Kosten oder Nachteile entstanden sind?
   d) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung durch Digitalisierung, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen sowie Kosten und Verwaltungsaufwand sowohl für die Stadt als auch für die Antragstellerinnen und Antragsteller zu reduzieren?

7) Wie beurteilt die Verwaltung die Kommunikation mit den Antragstellerinnen und Antragstellern? Erachtet sie diese als ausreichend?

8) Gibt es Klagen gegen die Stadt wegen Untätigkeit aufgrund der langen Bearbeitungszeiten?
   a. Wenn ja, wie viele?
   b. Wie wurden diese Verfahren entschieden?
   c. Welcher zusätzliche Aufwand und welche Kosten sind hierdurch entstanden?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende